

Bericht des Oberbürgermeisters

Mautausweichverkehr

Für die Verwaltung der Stadt Dinkelsbühl hat der Schwerlastverkehr auf der B25 augenscheinlich zugenommen, so dass beim, für den sogenannten „Abschnitt West“ zuständigen, Polizeipräsidium Mittelfranken wegen Kontrollen des Mautausweichverkehrs nachgefragt wurde. Das gab zur Auskunft, dass die gesetzlichen Ausnahmeregelungen (Ziel- und Quellverkehr; 75-Kilometer-Umkreis; Ausnahmen laut Autobahnmautgesetz u.a.) in Verbindung mit der Vielzahl von Ausnahmegenehmigungen sowie den niedrigen Beanstandungsquoten den Schluss zu lassen, dass der wohl größte Teil des Schwerlastverkehrs die B25 legal befährt.

Aktueller Stand B25 Ortsumfahrung

Der parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium Dr. Andreas Scheuer ist der Ansprechpartner für die geplante B25 Ortsumfahrung und den hierbei immer noch ausstehenden „Gesehen-Vermerk“. Dr. Hammer informierte, dass er eigentlich gerne ein persönliches Gespräch mit Herrn Dr. Scheuer geführt hätte, das aber aufgrund von nicht verschiebbaren Terminüberschneidungen nicht zustande gekommen ist. Dr. Hammer hat nun erneut ein Schreiben mit der Bitte um schriftliche Auskunft zum Verfahrensstand und zur Einschätzung der Realisierung der Ortsumgehung Dinkelsbühl B25 an Herrn Dr. Scheuer geschickt. Dem Schreiben sind die bisherigen wesentlichen terminlichen und inhaltlichen Eckpunkte des bisherigen Planungsablaufs beigefügt. Bereits im Oktober 2004 ist demnach im Bedarfsplan die Ortsumgehung als „vordringlicher Bedarf“ bezeichnet worden, was Dr. Hammer angesichts der Tatsache, dass seitdem viele Dinkelsbühler B25-Befürworter und B25-Gegner „starke Reibungsverlust erleben mussten“, aber noch keine Planungsfortschritte zu verzeichnen sind, eine mehr als gewagte Aussage ist.

Dr. Hammer geht davon aus, dass die Mittelkürzungen des Bundesverkehrsministeriums, die in der Presse kommuniziert wurden und in der Sitzung von Paul Beitzer (SPD) angesprochen wurden, nicht die bereits in der Planung bzw. bereits im Verkehrswegeplan aufgenommenen Maßnahmen betrifft.

Straßenunterhaltungspauschale erhöht sich
Das Landratsamt hat an die Stadt den Bescheid über die diesjährigen Straßenunterhaltungszuschüsse für Dinkelsbühl geschickt. Aufgrund von Mittelanhebungen ergibt sich eine Mehrung für die Stadt von rund 28.000 Euro auf insgesamt 204.450 Euro.

Sparkassenverband Bayern

Theo Zellner, Präsident des Sparkassenverbands Bayern, hat das pädagogische Konzept der Knabenkapelle überzeugt, so dass er eine Zusage über 20.000 Euro Förderung gegeben hat.

Bedeutung eines guten Schulunterbaus

Dr. Hammer informierte in der Stadtratsitzung, dass nun fest steht, dass die Wirtschaftsschule im kommenden Schuljahr 2013 / 2014 mit einer Modellklasse ab der 6. Jahrgangsstufe startet. Die Befürchtungen seitens Wassertrüdingen, dass dort die Realschule an Schüler verliert, hat sich nicht bestätigt, da sich kein einziger Schüler aus Wassertrüdingen in der Dinkelsbühler Wirtschaftsschule angemeldet hat. Auch hat man seitens der Feuchtwanger Realschule nichts Negatives mehr gehört, so der Rathauschef. Bedenken über die „Wirtschaftsschule bereits ab der 6. Jahrgangsstufe“ kommen auch von der Mittelschule, so auch in der April-Stadtratsitzung von Elternbeiratsvertreterin Alexandra Meier. Zwei Arbeitsgespräche wurden seitdem mit Vertretern von Mittel- und Wirtschaftsschule geführt. Ein weiteres Treffen der Lehrerkollegien beider Schulen wird seitens der Mittelschule derzeit nicht gewünscht. Dr. Hammer bedauert dies. Er betonte in der Stadtratsitzung die Wichtigkeit beider Schulen: die Mittelschule mit ihrem bewerteten M-Zug und ihrem hervorragenden Ruf und die Wirtschaftsschule als „Dinkelsbühler Realschule“. Beide bilden einen sehr guten Unterbau für den Schulstandort Dinkelsbühl. Ein Miteinander anstatt ein Gegeneinander wäre für den Schulstandort Dinkelsbühl sehr entscheidend, wünscht sich Dr. Hammer.

Stefan Klein (Bündnis90/Grüne, r.) leistete seinen Eid als neues Mitglied des Dinkelsbühler Stadtrats.

Vergabe Tiefbau Luitpoldstraße

Die Ausschreibung der Tiefbauarbeiten für den Umbau der Luitpoldstraße erfolgte bereits im April diesen Jahres. Aufgrund des unwirtschaftlichen Angebots, welches 40% über der Kostenschätzung lag, musste die Ausschreibung aufgehoben werden. Dies wurde vom staatlichen Bauamt Ansbach, das etwa 85 % der Kosten trägt, gefordert. Die Baumaßnahme wurde zwischenzeitlich erneut öffentlich ausgeschrieben und wurde in der Sitzung einstimmig an die Firma Dauberschmidt, Botzenweiler, vergeben. Dr. Hammer findet es, anders als Stadtrat Markus Schneider (Freie Wähler), beachtlich, eine Baumaßnahme in der Größenordnung von fast 700.000 Euro in der kurzen Zeit von Ende Juli bis November bei einer einspurigen Befahrbarkeit hinzukriegen.

Vereidigung Stefan Klein

In der Mai-Stadtratsitzung hat der Stadtrat aufgrund eines Wohnortwechsels den Amtsverlust von Dr. Reinhard Reck festgestellt. Nachfolger aus dem Wahlvorschlag der CSU ist Stefan Klein, auch wenn er zwischenzeitlich Mitglied von Bündnis90/Die Grünen geworden ist.

Die Zahl der CSU-Mitglieder im Stadtrat hat sich von zehn auf neun verringert, während die Grünen zukünftig mit drei statt mit zwei Gremiumsmitgliedern vertreten sein werden. Des Weiteren wirkt sich dies auch auf die Besetzung der Ausschüsse aus, in denen die CSU aufgrund der neuen Mehrheitsverhältnisse jeweils einen Sitz an die Grünen abgeben muss.



Renovierung des Gebäudes „Wassertrüdingen Straße 31/33“

Das Gebäude „Wassertrüdingen Straße 31/33“, das je zur Hälfte im Eigentum der Hospitalkirche bzw. der Baugenossenschaft Dinkelsbühl ist, wird gemeinsam außen renoviert. Damit die Maßnahme zeitnah umgesetzt werden kann, wird Oberbürgermeister Dr. Hammer beauftragt, nach Prüfung der Angebote den Auftrag an den wirtschaftlichsten Bieter zu erteilen.

In der Juli-Stadtrats-sitzung wird über die erfolgte Vergabe informiert.

Bebauungsplan Waldeck- West tritt in Kraft

Der Stadtrat hat gegen die drei Stimmen der Grünen und gegen die Stimme von Markus Schneider (Freie Wähler) beschlossen, den vorhabensbezogenen Bebauungsplan „Waldeck-West-Gewächshausanlagen“ mit einer Bekanntmachung in Kraft zu setzen. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, welche Hinweise und Einwände vorgebracht haben, sind von den gefassten Beschlüssen zu unterrichten. Der Bebauungsplan ist dann rechtskräftig. Stadtrat Georg Piott (WGL) äußerte seinen Unmut bezüglich der Aushebung eines Grabens seitens des Betriebs Scherzers über dessen Grund hinaus. Dr. Hammer und Stadtbaumeister Holger Göttler erläuterten, dass die Anregung des Wasserwirtschaftsamts zum Zurückbau des Grabens und zu einem Entwässerungskonzept bereits in der Stellungnahme und Abwägung der Stadt umgesetzt wurde.